

die unterschiedslose Aburteilung der nominellen Mitglieder der Nazi-partei liegt vollkommen auf der Linie der von der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands bisher verfolgten Politik. Diese Vereinbarungen werden die weitere Demokratisierung Deutschlands zweifellos fördern.

Es ist sehr zu bedauern, daß die Bestimmungen über die entscheidenden Fragen der Wirtschaftseinheit, der nationalen Einheit, der Bildung einer Zentralverwaltung und einer zentralen Regierung noch nicht zustandegekommen sind. Ohne eine Regelung dieser Fragen ist die Überwindung der Ernährungsschwierigkeiten und die Beseitigung der deutschen Wirtschaftsnot nicht möglich.

Über die geforderte Steigerung des Produktionsniveaus um das Zwei- und Dreifache des friedlichen Bedarfs und die Reparationszahlungen aus laufender Produktion, sei es auch nur als Abgeltung für Betriebe, deren Demontage beabsichtigt war, aber unterbleiben soll, konnte keine Einigung erzielt werden, obwohl die Alliierten die sowjetische Forderung nach Reparationszahlungen aus laufender Produktion nicht grundsätzlich ablehnten.

Ebenso wurde in der Grenzfrage keine Verständigung erzielt, doch halten die Alliierten übereinstimmend gutnachbarliche Beziehungen zwischen Deutschland und Polen wegen des zwingend notwendigen Güteraustausches zwischen beiden Ländern offenbar für erforderlich. Auch unserer Meinung nach können so die Rückschläge, die Deutschland durch eine neue Grenzziehung erleidet, gemildert werden.

Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands sieht in Teillösungen für einzelne oder mehrere Besatzungszonen keine Möglichkeit zur Behebung der Not. Diese Möglichkeit kann nur durch einen ungehinderten Wirtschaftsablauf in ganz Deutschland geschaffen werden.

Die für den kommenden Herbst in London in Aussicht genommene weitere Außenministerkonferenz wird hoffentlich zu einer Verständigung über alle Fragen der politischen Struktur Deutschlands, der Reparationen und der Wirtschaftseinheit kommen.

Bis dahin darf das deutsche Volk jedoch nicht untätig bleiben. Es hat dafür Sorge zu tragen, daß die vom Kontrollrat zu erwartenden Beschlüsse über die Entmilitarisierung, Entnazifizierung und Demokratisierung Deutschlands konsequent durchgeführt werden. Dasselbe gilt auf wirtschaftlichem Gebiet. Die Gefahr, daß ein erheblicher